

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 26. SEPTEMBER 2019



ANTRAG **ALLEINERZIEHENDE BESSER UNTERSTÜTZEN!**

Alleinerziehende sollen in Bremen und Bremerhaven besser unterstützt werden. Dazu soll der Senat auf Initiative der rot-grün-roten Koalitionsfraktionen nun einen Aktionsplan erarbeiten, der Maßnahmen in verschiedenen Politikfeldern vorsieht und von einer ressortübergreifenden Steuerungsgruppe koordiniert werden soll. Mit großer Mehrheit stimmte die Bürgerschaft diesem Antrag heute zu.

„Alleinerziehend zu sein, ist schon lange kein Randgruppen-Phänomen mehr“, sagte die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Gönül Bredehorst, in ihrer Rede in der Bürgerschaft – und verwies auf Zahlen der Arbeitnehmerkammer, denen zufolge die Alleinerziehendenquote in Bremen bei 23 Prozent liegt. „Das ist eine Realität, der die Politik Rechnung tragen muss – und als Koalition tragen wir ihr mit unserem Aktionsplan noch stärker als bisher Rechnung.“

Dieser Aktionsplan soll vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Arbeitsmarkt, Ausbildung und Bürokratieabbau bei Behördengängen ansetzen. So sollen Alleinerziehende etwa bei Angeboten des Jobcenters und der Arbeitsagentur stärker berücksichtigt, spezielle Beratungsangebote ausgebaut und ein Arbeitsmarktprogramm aufgelegt werden.

„Wir wollen Alleinerziehenden aus der Armutsfalle helfen“, erklärte Petra Krümpfer, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Kinder und Jugend der SPD-Fraktion. „Und wenn wir mehr Angebote der Qualifizierung und Ausbildung sowie Arbeitsmöglichkeiten schaffen



Gönül Bredehorst



Petra Krümpfer

wollen, dann brauchen wir auch eine gute Kinderbetreuung.“

Dafür sollten in dieser Legislaturperiode die Plätze in der Kinderbetreuung weiter massiv ausgebaut werden, betonte Krümpfer. „Wir wollen 3.000 neue Plätze für Kinder im Krippen- und Elementarbereich in der Stadtgemeinde Bremen schaffen und hierbei auch wieder verstärkt in die Quartiere schauen, in denen die Versorgungsquote hinterher hängt“, erklärte die Sozialdemokratin, „denn gerade auch dort leben viele Alleinerziehende um die wir uns kümmern wollen.“

Angebote, von denen auch und insbesondere Alleinerziehende profitieren könnten und die im Aktionsplan vorgesehen seien, seien ein Modellprojekt für eine 24-Stunden-Kita und die Ausweitung der Kita-Randzeiten in möglichst einer Einrichtung pro Stadtteil. „So haben Alleinerziehende und Familien die Möglichkeit, bei der Arbeitsaufnahme auf entsprechende Arbeitsbedingungen einzugehen. Dies bedeutet: Arbeitswege, Arbeitszeiten und Ausbildungszeiten können stressfreier von den Betroffenen ausgeführt werden“, so Krümpfer.

Gönül Bredehorst schließlich wies noch einmal darauf hin, dass der Aktionsplan auch aus gleichstellungspolitischer Sicht wichtig sei – denn etwa 90 Prozent der Alleinerziehenden seien Frauen. Bredehorst: „Politik für Alleinerziehende zu machen, bedeutet also auch gute Politik für Frauen zu machen. Und der Aktionsplan geht auf die verschiedenen Lebensbereiche ein, die Frauen die gleichen Chancen auf ein gutes Leben ermöglichen.“

> Aktionsplan „Alleinerziehende“ auflegen
http://tiny.cc/plan_alleinerziehende

FRAGESTUNDE **MEDIZINISCHE VERSORGUNG** VON TRANSGENDER-PERSONEN

Transgender-Personen nehmen den Umgang, den sie bei der medizinischen Versorgung erfahren, oft als diskriminierend wahr und können dadurch verleitet werden, seltener zum Arzt zu gehen oder andere therapeutische Angebote wahrzunehmen. Vor diesem Hintergrund wollte die gesundheits- und pflegepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ute Reimers-Bruns, in der heutigen Fragestunde vom Bremer Senat wissen, ob ihm zu diesem Thema Erkenntnisse für das Land Bremen vorliegen.

Für den Senat antwortete Gesundheits-senatorin Claudia Bernhard, dass diesem keine konkreten Hinweise dazu vorlägen, ob es zu Diskriminierungen im Rahmen der medizinischen Versorgung von Transgender-Personen komme. Die Häufigkeit von Arztbesuchen oder die Nutzung therapeutischer Angebote werde nicht erfasst. Auf die weitere Frage von Reimers-Bruns

nach der Rolle, die das Thema „Umgang mit Transgender-Personen“ in der Berufsausbildung von Ärztinnen und Ärzten sowie von Pflegekräften spielt, erklärte Bernhard, dass Pflegekräfte die Aufgabe hätten, die speziellen Lebensrealitäten und Erfahrungshintergründe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transidenten und Intersexuellen bei ihrer Arbeit zu berücksichtigen. Im Rahmen der Umsetzung des neuen Pflegeberufgesetzes werde derzeit ein Landescurriculum für die neue Pflegeausbildung erarbeitet. In diesem Curriculum solle auch hervorgehoben werden, dass Pflegekräfte in der Ausbildung Kompetenzen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transidenten und Intersexuellen erwerben sollen. Auf die Frage nach den ärztlichen Kompetenzen im medizinischen Umgang mit Transgender-Personen kündigte Bernhard an, den Dialog mit der Bremer

Ärztammer zu diesem Thema fortzusetzen und zu intensivieren. Auf die Nachfrage von Reimers-Bruns, bis wann mit einer Fertigstellung des neuen Landescurriculums zu rechnen und ob eine Beteiligung der Bürgerschaft an diesem Prozess vorgesehen sei, erklärte Bernhard, dass das Curriculum möglichst zeitnah fertig gestellt und dazu auch in der Gesundheitsdeputation berichtet werden solle. Insgesamt sei es wichtig, in diesem Erarbeitungsprozess nicht nur die reinen medizinischen Themen sondern eben auch Themen wie den Umgang mit Transgender-Personen stärker in den Fokus zu nehmen.



Ute Reimers-Bruns